

bilden, in deutscher Übersetzung zugänglich machen. Dieser Zielsetzung kommt der Vf. durch eine gut überlegte Textauswahl nach. Er bietet neben der Satzung der KPTsch zwanzig in der Gesetzsammlung publizierte Texte, darunter sieben Verfassungsgesetze. Die tschechischen bzw. slowakischen Texte werden, wie Stichproben ergaben, richtig und im allgemeinen in einer gut lesbaren Übersetzung geboten. Erstmalig werden hier in deutscher Übersetzung das Gesetz über einige mit dem föderativen Staatsaufbau zusammenhängende Maßnahmen, das Gesetz über das Korps der Nationalen Sicherheit, die Gesetzgebungsmaßnahme über die Verlautbarung der Gesetze und die Entschließung des Staatspräsidenten über den Abschluß internationaler Verträge veröffentlicht.

Verwirrend ist die Bezeichnung „Landesbezirk“ für den tschechischen Ausdruck „kraj“. Vermutlich soll dadurch einer Verwechslung der deutschen Landkreise und Regierungsbezirke mit der der alten österreichischen Terminologie folgenden Bezeichnung der Bezirke und Kreise in der Tschechoslowakei vorgebeugt werden (S. 38, 45, 46, 84). Kreishauptleute hat es in der Tschechoslowakei nie gegeben (S. 18). 1945 wurde die Schlüsselindustrie nicht nur unter staatliche Leitung gestellt, sondern durch Konfiskation in staatliches Eigentum überführt. Die Vertreibung eines Viertels der Bevölkerung wird mit „drastischen Einschränkungen der persönlichen Rechte und Freiheiten“ wohl nur unzureichend umschrieben.

Graz

Helmut Slapnicka

Peter-Claus Burens: Die DDR und der „Prager Frühling“. Bedeutung und Auswirkungen der tschechoslowakischen Erneuerungsbewegung für die Innenpolitik der DDR im Jahre 1968. (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 41.) Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1981. 188 S.

Die der (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit vorgelegte Studie wird mit einem Geleitwort von Hans-Adolf Jacobsen unter eine dezidierte politische Prämisse gestellt: Sie solle demnach eine Untersuchung „der fundamentalen Schwierigkeiten für die Politik vertrauensbildender Maßnahmen im weitesten Sinne und damit für die Verwirklichung einer realen Friedenspolitik in unserer Zeit“ (S. 6). sein. Der Vf. sieht sie entsprechend in der Einleitung (S. 14 ff.) als „eine wichtige Ergänzung“ zu bislang erschienenen deutschlandpolitischen Arbeiten aus historischer Sicht im internationalen Bezugsfeld; daher referiert er auch relativ ausführlich wichtige Literatur sowie seine Snyder/Rosenau/K. W. Deutsch verpflichtete Untersuchungsmethode. Daraus ergibt sich wiederum für ihn (scheinbar) zwingend die Einteilung in zwei Kapitel.

In Kapitel A wird der „Prager Frühling“ in vier Unterabschnitten behandelt, in Kapitel B folgt dann die Untersuchung der Kausalzusammenhänge zwischen der Innenpolitik der DDR und den Ereignissen in der CSR in sechs Unterabschnitten mit einem siebten, zusammenfassenden Schluß als Vorwegnahme des eigentlichen Schlußwortes (S. 165 ff.). Die beiden Hauptteile stehen quantitativ in einem nahezu ausgewogenen Verhältnis zueinander. Dies impliziert aber bereits hier eine grundsätzliche Bemerkung: Dem Vf. blieb wegen der sprachlichen Barriere die gesamte tschechische und slowakische Literatur im Original verschlossen (vgl. auch das Literaturverzeichnis, S. 168 ff.); damit arbeitet er notgedrungen aus zweiter Hand — sowohl in bezug auf die Auswahl als auch die Qualität (bzw. Genauigkeit) der übersetzten Arbeiten und Einzeltexte (einschließlich des als zentrale Quelle anzusehenden KPČ-Reformprogramms vom 5. April 1968). Damit wird von vornherein manche terminologische und politische Aussage relativiert (z. B. die zahlreichen Varianten zur Bezeichnung der

tschechoslowakischen „Ent-Dogmatisierungs“-Bewegung seit dem September 1967!).

Der Vf. hat sich bemüht, die Fachliteratur umfassend zu verarbeiten; dabei ist ihm jedoch einiges für den Bereich der Tschechoslowakei entgangen, z. B. das „Staatshandbuch der Tschechoslowakei“ (hrsg. vom Collegium Carolinum), die Arbeiten von Helmut Slapnicka, Heinrich Kuhn (vor allem zur KPČ), Jörg K. Hoensch u. a., ebenso hat er nicht die Materialien benützt, die im Rahmen des „Übersetzungsdienstes“ des Sudetendeutschen Archivs in München vorgelegt worden sind (z. B. das vollständige KPČ-Reformprogramm). Wichtig wären auch die zahlreichen Berichte und Analysen der „Osteuropäischen Rundschau“ gewesen, desgleichen die Quellenauszüge in „Osteuropa“ u. a. Wünschenswert wäre ebenfalls die Benützung des „Prager Schwarzbuchs“ gewesen, desgleichen eine breitere Berücksichtigung der (sog. schönggeistigen) Literatur als Quelle intellektueller Reform und politischer Aussage.

Die Arbeit ist mithin eine sehr differenzierte Analyse der DDR-Entwicklung im genannten Zeitraum eines Stichjahrs, aber in bezug auf die ČSSR bleibt mancher Aspekt offen. So wird in Kap. A, II, das „Politische Ideengut des Prager Frühlings“ (S. 31 ff.) ziemlich eng auf die Geheimrede Chruščevs anlässlich des XX. Parteikongresses der KPdSU hin determiniert, dabei aber gleichzeitig der II. Tschechoslowakische Schriftstellerkongreß außer acht gelassen. Tatsächlich reichen aber die Spuren des Entdogmatisierungsprozesses bis in die Gottwald-Slánský-Periode zurück, wobei aber zu bemerken ist, daß die sog. „Entstalinisierung“ in der ČSSR mit Verspätung formaliter erst durch den XII. Parteikongreß der KPTsch vom Dezember 1962 begonnen wurde. Die vom Vf. referierten Voraussetzungen des ‚Prager Frühlings‘ — Wirtschaftsreformdenken in der Gruppe um Ota Šik sowie die Internationale Kafka-Konferenz 1963 — sind nur zwei sektorale Ausschnitte einer vielschichtigen Bewegung (vgl. z. B. L. Mň a č k o: *Wie die Macht schmeckt*, Wien, München 1967), die sich z. B. bereits zwischen Dezember 1962 und Dezember 1963 nach sorgfältiger Analyse von 25 verschiedenen Publikationsorganen der ČSSR herauskristallisierte (zusammengestellt vom Rezensenten im Übersetzungsdienst des Sudetendeutschen Archivs Anfang 1963). Ebenso vielschichtig verlief die Entwicklung seit dem 5. Januar 1968 (S. 34), denn es wurde keineswegs nur um zwei Modelle diskutiert, sondern zunächst prinzipiell die Doktrin von der ‚führenden Rolle‘ der KP zur Disposition gestellt, wobei der mehrheitlich feststellbare Grundgedanke in Überlegungen eines ‚dritten Wegs‘ zwischen monokratischer KP-Herrschaft und rechtsstaatlicher sozialer (sozialistischer?) Demokratie bestand; daher ist der vom Vf. gebrauchte Terminus des „Sozialistischen Pluralismus“ (S. 37 ff.) nur bedingt zutreffend. Im übrigen konnte man bereits 1962 in einem Büchlein Zdeněk Mlynářs (*K teorii socialistické demokracie* [Zur Theorie der sozialistischen Demokratie], Prag 1961) — der in der Hauptsache für die konkrete Konzipierung des Aktionsprogramms 1968 verantwortlich war —, grundsätzliche Überlegungen einer Überwindung des monolithischen Anspruchs der Leninschen Partei- und Staatslehre finden. „Unter unseren ausländischen ‚Kritikern‘ fehlen auch heutzutage nicht die Leute, welche eifrig bemüht sind, die gegenwärtige Entwicklung in den sozialistischen Staaten sowie in unserer Republik in abstrakte Begriffe einzuhüllen, wie z. B. ‚Liberalisierung‘, ‚Erleichterung‘, ‚Demokratisierung als solche‘ usw.“ (ebenda, Einleitende Vorbemerkung). Demnach lag der eigentliche außenpolitische Aspekt der Prager Reform nicht nur — wie es der Vf. formuliert, in der „gleichberechtigten Partnerschaft gegenüber allen Staaten“ (S. 48 ff.), sondern in der Infragestellung des hegemonialen Anspruchs der UdSSR gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes —

und damit verstieß die ČSSR nicht nur gegen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, sondern formal und materiell gegen den Freundschafts- und Beistandspakt zwischen beiden Staaten vom 12. Dezember 1943; daher wurde auch im Truppenstationierungsvertrag vom 16. Oktober 1968 der Bezug zu diesem Vertragswerk ausdrücklich wiederhergestellt. Die vom Vf. in diesem außenpolitischen Zusammenhang apostrophierte Rolle der deutschsprachigen „Prager Volkszeitung“ ist nur bedingt richtig.

Die von B. in Kap. A, Teil III, unternommene Übertragung auf die DDR leidet zunächst unter einer falschen Prämisse, indem er — unbeschadet des Systems etc. — undifferenziert folgendes feststellt: „Wie in der ČSSR, so gab es Mitte der sechziger Jahre auch in anderen Staaten reformsocialistisches oder diesem vergleichbares Gedankengut, beispielsweise in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Osteuropa“ (S. 56). Im folgenden unterscheidet der Vf. auch zu wenig zwischen systemimmanenter Kritik und Kritik am System (S. 57 ff.); nebenbei bemerkt, bei dem „tschechoslowakischen Radiosender Prerov“ (S. 57) handelt es sich um den in Mähren gelegenen tschechischen Landessender Prerau (tschechisch korrekt: Přerov)! B. erkennt ganz richtig die Rolle der Kybernetik als Element der Systemkritik — allerdings müßte er gerade hier der tschechischen Kybernetik wesentlich größere Aufmerksamkeit widmen.

In diesem Sinne sind auch die weiteren Vergleichsergebnisse immer wieder kritisch zu sehen und zu beurteilen. Dies bezieht sich sowohl auf die immer wieder feststellbare Ungenauigkeit der diakritischen Zeichen (z. B. S. 70: „Svět v obrazech“ = „Welt in Bildern“, anstelle richtig: „Svět...“), terminologische und verschiedene wissenschaftsbezogene Zuordnungsprobleme (z. B. „reformsocialistische Schriftsteller“, S. 70; der Literaturwissenschaftler Eduard Goldstücker als „Schriftsteller“, S. 95; der Philosoph Ivan Sviták ebenfalls als „Schriftsteller“, S. 95; der deutsche Fachübersetzer und Literaturspezialist Franz Peter Künzel als „Journalist“, S. 127 usw.) usw. bis zu der unbelegten Formel des tschechoslowakischen „Modells des europäischen Sozialismus“ (S. 84).

So knapp und übersichtlich auch die Probleme der DDR für und nach 1968 charakterisiert werden, so schwierig ist damit der Vergleichswert zur ČSSR, weil zum einen immer wieder bestimmte politische Prämissen, zum anderen das tschechische Material (das slowakische fehlt im übrigen weitgehend) so eingebracht werden, daß die Untersuchung an manchen Stellen bereits einem vorweggenommenen Resultat entspricht (z. B. Deutsche Frage, S. 148 ff., Wissenschaft und Kultur, S. 129 ff.). Das Problem, ob Wissenschaftlichkeit mit künstlich-gedrehter Sprache erzielt werden kann, soll hier nicht weiter diskutiert werden (ein Beispiel für zahlreiche andere: „Der Begriff Gesellschaftswissenschaften wird hier entsprechend seines Gebrauchs...“, S. 129; zu beachten: der falsche Gebrauch des Genitivs).

Zusammenfassend sei bemerkt: Vergleichsuntersuchungen, welche „innere“ Probleme der Warschauer-Pakt-Staaten betreffen, sollten stets auf unmittelbarem sprachlichen Zugang zu den Primärquellen begründet sein, damit sowohl die Ausgewogenheit der Problemdarlegung als auch die Beurteilung selbst einem Standard entsprechen, der selbstverständlich bei den sogen. ‚westlichen Sprachen‘ angewendet wird.

Unter diesen Einschränkungen bietet die vorliegende Studie trotzdem etliche interessante Aspekte für die Beurteilung der Zeitgeschichte im Bereich ČSSR-DDR und Bundesrepublik Deutschland.

Waakirchen

Otfrid Pustejovsky